

Wirtschaftliche



1704

Zeitung

10 Pfennig

Gegensatz

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Berlagsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein & Co. Redaktions-: Georg Barthold Fernow
Redakteur: im Amt: Handeltulle: Carl-Maria Berlin Gurtel
Manuskripte werden am liebsten gegenwärtig wenn Porto beiliegend

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruck: Central-Druckerei, Am Dönhofs 3600-3605,
für das Parochiale Am Dönhofs 3600-3605. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Der Kanzler gegen Westarp

Zustimmung zum Stahlpat. / Verkärterung der Friedenspolitik durch Wirtschaftsfrieden / Für Silberberg

Der Reichszentralrat für Heimatschutz veranstaltet im Industriegebiet eine Reihe von Staatspolitischen Vorträgen, die Reichskanzler Marx am Sonntag mit einer noch politisch bedeutamen Rede einleitete. In der nächsten Woche folgt ein Vortrag des Reichspräsidenten Ebbé.

Reichskanzler Marx äußerte sich u. a. über die finanzielle Lage des Reiches, das, trotz verbesserter Einnahmemaßnahmen, noch kein Minus, wenn es in diesem Jahr fort am Defizit im Vergleich zum 1. April 1927 nicht zu erwarten. Die Reichsregierung halte an ihrem Kursprinzip fest, den Staatshaushalt durch Einführung der Aufwände ihre Selbstreparaturunterstützung überzugeben. Es handelt sich nur darum, den richtigen Zeitpunkt abzuwarten.

„Mit besonderer Freude habe ich“, so sagte Dr. Marx, „die weit höheren Beschäftigungszahlen der letzten Monate vernommen. Die Dr. Silberberg auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und später auch in Düsseldorf an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie an die politischen Parteien richtete. Und wenn Dr. Silberberg auch nicht jene allgemeine Zustimmung fand, wie ich sie im Interesse von Staat, Volk und Wirtschaft gewünscht hätte — es hat sich doch gezeigt, daß in immer weiteren Kreisen der Arbeiterbewegung, wie Silberberg sie äußerte, Antagonismen gegen freies Handeln gefunden haben. Aber von der Notwendigkeit eines einseitigen Hand-in-Hand-Vertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist überzeugt ist, wie von Arbeitgeber soziale Gesinnung und vom Arbeitnehmer wirtschaftliches Fortschrittsverlangen; wer von beidem erwartet, daß sie ohne Ein-

führung den Staat, wie er heute ist, anerkennen und an seiner Entwicklung mitarbeiten, der leistet unferster schwer bedrückten Volke den besten Dienst; der leistet gute Arbeit im Sinne der Volksgemeinschaft. Der Regierung ist die Mitarbeit der Partei willkommen, die die mühsam aufgetauchte staatliche Ordnung anerkennt und sich ihr schuldig vor sie stellt. Ich habe es nie behauptet, daß hinsichtlich wiederum das Wort gefallen ist, es könne in Deutschland nur ohne, nur gegen die Sozialdemokratie regiert werden. Das wäre eine Politik, zu der ich niemals beizutreten und niemals beizutreten werde. Eine Politik, die unterdrückt zwischen Parteien, die regierungsfähig, und solchen, die von vornherein als regierungsfähig bezeichnet werden, obgleich sie zur Mitarbeit bereit sind, hieße ich für ein Unglück für unser deutsches Vaterland. Mir bedeutet alle Stärke, die gemißt sind zur politischen Mitarbeit. Nur so werden wir die schwierigsten Aufgaben lösen können, vor die wir im kommenden Winter gestellt sind. Wir können uns nicht den Luxus gönnen, große Parteien von vornherein mit dem Stigma der Regierungsunfähigkeit zu brandmarken.

Man darf danach annehmen, daß Reichskanzler Marx gemäß ist, unbedenklich mit die parteifunktionalen Prolegomena und Forderungen, die engere Zusammenarbeit zwischen den bisherigen Regierungsparteien und der Sozialdemokratie zu gewährleisten.

„Was eine Überhöhung der Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, deren Auswirkungen sich in den nächsten Monaten fortzeichnen werden, bedeutet, hat Reichskanzler den Mitgliedern des Stahlpat., der aus dem unabweisbaren Zwang hervorgegangen ist, die allmählich bedrohlich gewordenen Verhältnisse auf dem Weltmarkt in Ordnung zu bringen.“ Er erklärte:

„Es kann wirtschaftlichen wie politischen Gesichtspunkt aus dem mit dieser Regelung, auf deren Einzelheiten einzugehen ich mir erlauben darf, nur begreifen. Sie wird durch Bewandlung des Schiedsvertrags auf den Auslandsmärkten die Rentabilität der deutschen eisenerzeugenden Industrie erhöhen, ihr und ihren Arbeiter Beschäftigungsmöglichkeit sichern, den Wert der deutschen Wärsche in den hier in Frage kommenden Erzeugnissen festlegen, was für die so dringlichst geforderte Umkehr unserer Handelsbilanz von größter Bedeutung ist. Endlich wird auch die eisenerzeugende Industrie mit ihrer Arbeiterkräfte Stufen aus dem Stimmungen ziehen dadurch, daß bei der zu streikenden Angleichung der Auslandspreise an die Inlandspreise die fremden Industrien nicht mehr billiger mit Rohstoff beliefert werden, als ihn z. B. die deutsche Maschinenindustrie kauft. Die Zustimmung der eisenerzeugenden Industrie zu dem Stahlpat. stellt jetzt fest, daß man sich in diesen Zeiten eine Befreiung der Wettbewerbsfähigkeit von ihm erhofft. Aber nur die Befreiung verlangt, die Stahlindustrie, die sich eine in den letzten Verbraucher schädliche Monopolstellung schaffen, so kann ich hier nur wiederholen, was der Reichswirtschaftsminister anlässlich des Abschlusses des Stahlpat. in einem Berliner Wort sprach, daß die Regierung die Pflicht hat, die weitere Entwicklung, welche die deutsche Eisenindustrie unter dem Einfluß der internationalen Preisänderung nehmen wird, mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Wenn es wird, mit seiner unter Einwirkung ihrer Autorität sichergestellt, daß die Forderung, unter der die Verhängung jetzt besteht, auch tatsächlich in Erfüllung geht — die Hoffnung, daß die Verhängung dazu dienen wird, allen Zweigen der deutschen Wirtschaft gleichmäßig einen kräftigen Antrieb zu gelungener Fortentwicklung zu geben.“ Und im übrigen ist doch auch ununterbrochen die deutsche Wirtschaftspolitik auf die Dauer die beste und einträglichste, die sich im Einklang mit dem Weltmarktergebnis stellt.

Der Reichszentralrat erwartet ferner von dem Stahlpat. kommen auf politischem Gebiet eine weitere Befreiung der im Gang befindlichen Entpannung, zunächst innerdeutscher Verkehr der nichtbewirtschafteten vier Länder, dann aber auch darüber hinaus.

„Denn“, so erklärte der Reichskanzler, „der Stahlpat. richtet sich gegen kein Land, es kann ihm jedes andere Band betreten. So ist der von Tag zu Tag enger werdende Zusammenhang der Völker aus neuer enger vorkommend worden. Was gefahren noch zum Schaden aller unversöhnlichen Kampf besteht, hat heute die Gültigkeit der Gesamtmarkt der Interessen gegenseitig und Konformität mit diesem Ziel zu lösen unternehmen. Sie werden sich auf friedlichem Wege zu lösen unternehmen. Sie werden sich auf friedlichem Wege zu lösen unternehmen. Sie werden sich auf friedlichem Wege zu lösen unternehmen.“

In diesem Zusammenhang erwähnte der Reichskanzler die ererbte Opposition, mit der die Beschäftigungspolitik bisher zu kämpfen hatte. Diese Opposition ist heute vollständig zurückgeworfen.

Von besonderer Bedeutung waren die kurzen Ausführungen, die der Reichskanzler zu den Auseinandersetzungen über die Heranziehung der Sozialdemokratie zur Regierungsentwurf machte. Er sagte sich mit großer Wärme für Westarp ein und machte sich mit eben so großer Entschiedenheit gegen die parteifunktionalen Ansprüche, wie sie neuerdings Graf Westarp formuliert hat.

Sturmzeiten im Landtag

Die heutige Sitzung des Landtages, an der als erster Punkt der Tagesordnung der neue Vergleich mit dem Hohenzollern stand, wurde durch Abzweigen der Kommunisten eingeleitet, die auf die Frage des Tages Stellung nahmen, um die Vorlage von der Tagesordnung abzuweisen und die Beratung der Sozialisten, und schließlich eine Anschließung zu erzielen. Als alle dies beabsichtigten am Abend der übrigen Parteien gescheitert waren, wobei es ihnen keine Abzweigen gab, gab der Präsident dem Finanzminister Dr. Häppler, Vorschlag zur Begründung der Regierungsvorlage über den Vergleich das Wort.

„Wie der Name des Ministers anerkennen war, riefen die Kommunisten im Chor: „Millionenverweigerer“, „Hohenzollernverweigerer“. Der Präsident versuchte erst durch gültiges Zureden die Gemüter zu beruhigen. Der Minister versagte aber, aber verlor seine Rede zu beenden. Aber der Sturm wurde immer stärker. Der Präsident unterdrück schließlich die Sitzung.

Um 1/2 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident erklärte, daß er nunmehr zur Geschäftsordnung nicht mehr das Wort erteilen werde. Er wolle, daß die Kommunisten sich ruhig verhalten, unbedenklich er folgt mit den schärfsten gesetzlich-ordnungsmäßigen Mitteln vorgehen werde. Er gab dann dem Finanzminister das Wort, der seine Rede auch beendete. Danach, da die Kommunisten in ihrer Capitulatio wesentlich gedämpfter waren. Es begünstigten sich mit Zufriedenheit, die das Verhältnis der Worte des Ministers ergründeten.

Die Beschlüsse der Sozialdemokraten

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat vor der Sitzung zu der Vorlage eingehend Stellung genommen. Die sozialistischen Mitglieder des Staatsrats hatten gegen die Vorlage gestimmt, obwohl die sozialistischen Mitglieder des Reichstags bei der Beratung eingetreten sind. An der Fraktionsberatung nahmen Reichspräsident Brandt und Ministerpräsident Brüning teil. Die Fraktion erklärte erneut, daß bei der Abstimmung im Plenum der Stimme zu enthalten. Die übrigen Parteien — natürlich mit Ausnahme der Kommunisten — werden aller Voraussicht nach mit 30 Stimmen, so daß die Annahme des Vergleichs als gesichert gelten kann.

Neben das Verhalten der Sozialdemokraten, die sich in einer äusseren Hinsicht abgeben lassen, das befinden, nachdem sie sich im Reichstag mit der Kommunisten nicht vereinigen konnten, bemerkt die „kontinuerliche Zeitung“ durcheinander:

„Am letzten Abend brachten die Sozialdemokraten das Gefühl über die Fraktionsabstimmung im Reichstag zu Fall durch ihren Fraktionsbeschluss, dagegen zu stimmen, weil nicht alle Wünsche erfüllt waren. Sie haben daneben, um sich einer Verantwortung zu entziehen, eine unhaltbare Situation geschaffen; aber es haben damit erst recht eine Hauptverantwortung für die daraus entstehenden Folgen übernommen, folgend, die sich nun in dem bevorstehenden Vergleich auswirken.“ Man wird es nicht verwundern, daß sie nun die Verantwortung wieder nicht auf sich nehmen, sondern nur durch Stimmhaltung dem Vergleich zu-

Annahme verziehen wollen. Eine unter parteifunktionaler Führung stehende Regierung schließt einen für die preussische Staatswirtschaft sehr wichtigen Vergleich, und die größte Regierungspartei will der darüber zu machenden Vorlage nur dadurch zur Annahme zusehen, daß sie wiederholt, noch dagegen stimmt. Das ist eine parlamentare Situation, deren einziger Reiz die Neutralität ist, die aber dem Reizen des Parlamentarismus durchaus widerpricht.“

Das Koalitions-Angebot der Volkspartei

Der Vorschlag der Deutschen Volkspartei, der sich prinzipiell für die Große Koalition in Preußen ausspricht, hat im parteifunktionalen Lager großen Verleger hervorgerufen. In einem möglichen Koalition-Team wird die Deutsche Volkspartei in gewohnt, sich auf einen Stützpunkt zu legen, der nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich für die parteifunktionalen Parteinteressen verhängnisvoll wäre. Die Deutsche Volkspartei wird wissen, was von solchen Stützpunkten zu halten hat. Ein solches Partei ein solches Vertrauen hervorgerufen, das bloße Umfindung ihrer Koalitionsverträge das preussische Kabinett verlangt hat, auf die Erziehung des Staatsratspräsidenten Meißners durch Dr. Weggen zu verzichten.

Sollte aber die Deutsche Volkspartei glauben, auch weiterhin die Reichsregierung nach rechts aufzuführlichen zu müssen, so wäre auch damit den Deutschen Kommunisten noch nicht viel geholfen. Das stellt für das Zentrum die „Germânia“ ausdrücklich fest, indem sie erklärt:

„Die heutigen parteifunktionalen Sorgen sind die Frucht einer langen, nachteiligen Politik. Alles, was seit Kriegsende für Deutschland erreicht worden ist, ist gegen den Willen der parteifunktionalen erreicht worden. Die Opposition der parteifunktionalen und ihre selbst und teilweise recht über den Mantel in der Beschäftigung des politischen Örgans haben überhand der parteifunktionalen Partei ein solches Vertrauen hervorgerufen, das eine entsprechende Zusammenarbeit zwischen ihnen und den parteifunktionalen nicht leicht möglich ist. Die parteifunktionalen unterstützen die Wählungen ihrer Stützen und vergeben, daß sich bald die Schuld auf ihnen lastet.“

Die demotokratische Landtagsfraktion wendet sich in einer Veröffentlichung gegen die Behauptung, daß die parteifunktionalen für die Große Koalition bei den Demokraten liegen. In der Erklärung wird gesagt:

„Nicht ist, daß die demotokratische Landtagsfraktion mit Rücksicht auf die parteifunktionalen, die sie bisher zur Verfügung gestellt hat, mit Rücksicht auf die Leistungen dieser parteifunktionalen und mit Rücksicht auf ihre schwere Aufgabe, Wähler zwischen den parteifunktionalen und der parteifunktionalen Partei zu sein, sich nicht mit einer parteifunktionalen Koalition einverstanden. Die Demokraten müssen Eigenverantwortung und Verantwortung übernehmen in einem veränderten Reichstag verhandeln.“

Wenn jetzt, so wir beobachtet werden, in der Deutschen Volkspartei Bestimmungen über die Stimmabgabe entgegenstehen, so mag die Volkspartei bedenken, daß sie in die Situation durch ihre eigene Schuld gekommen ist.